

SWR2 Wissen

Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein?

Von Anja Schrum

Sendung vom: Samstag, 10. Juni 2023, 8:30 Uhr
(Erst-Sendung vom: Samstag, 18. Dezember 2021, 8:30 Uhr)
Redaktion: Vera Kern
Regie: Günter Maurer
Produktion: SWR 2021

Darf eine Mathelehrerin Coronaregeln ablehnen, ein Sportlehrer die Antifa bewerben? Demokratiebildung gehört zu Schule. Aber politische Kontroversen müssen verfassungskonform sein.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

O-Ton 01 Michael Wrase:

Eine Schule hat teilgenommen an dem Programm „Schule gegen Rassismus“. Da hat die AfD-Fraktion im Stadtparlament kritische Anfragen gestellt, ob die Schule so etwas überhaupt dürfe. Es war ja eine große Kampagne zu sagen: Schulen sind nicht neutral, Lehrkräfte sind nicht neutral. Und ich glaube, das hat das ganze Thema so richtig ins Rollen gebracht. Weil dann standen auf einmal SchulleiterInnen am Pranger. Dann haben sich natürlich Lehrkräfte gefragt: Was dürfen wir eigentlich?

Ansage:

Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein? Von Anja Schrum.

Sprecherin:

Immer häufiger drängen politische Auseinandersetzungen auch an die Schulen. Da ist die Lehrerin in Baden-Württemberg, die sich weigert, ein Buch im Schulunterricht zu behandeln, weil darin über hundert Mal das N-Wort vorkommt – der Roman "Tauben im Gras" wiederholt rassistische Begriffe für Schwarze Menschen und sollte Pflichtlektüre fürs Abi werden. Oder: Jugendliche, die für „Fridays for Future“ streiken. Lehrer, die die Corona-Pandemie leugnen. In der Schule treffen politische Debatten nicht selten auf verunsicherte Lehrkräfte.

O-Ton 02 Michael Wrase:

Das ist der Fall, den ich immer in den Klausuren stelle und der ist so geframt, dass es eine Gruppe von Schülern gibt, die eben rechtsradikale Äußerungen tätigt und eine Pädagogin möchte hier Flagge zeigen und trägt eben ganz bewusst in dieser Klasse auch diesen Button.

Sprecherin:

Den Button mit der Aufschrift „Nazis – Nein Danke“. Am Wissenschaftszentrum Berlin lehnt sich Michael Wrase in seinem Bürostuhl zurück und schmunzelt. Darf die Lehrerin diesen Button tragen – oder nicht? Wrase ist Jurist mit Schwerpunkt Sozial- und Bildungsrecht und hat eine Gastprofessur an der Universität Hildesheim. In den Klausuren für die Lehramtsstudierenden geht es häufig um juristische Fälle und deren rechtliche Einschätzung. Darf eine Lehrerin einen „Nazis – Nein Danke“-Button in der Schule tragen?

O-Ton 03 Michael Wrase:

Und tatsächlich sagen dann auch die meisten – unter Berufung auf den Schulfrieden – nein, das sollte sie nicht machen. – Es gibt dann noch andere Lehrkräfte, die sich darüber beschweren. – Und dann sage ich immer: Naja gut, das ist ein durchaus vertretbares Ergebnis, man kann da zu unterschiedlichen Auffassungen kommen. Aber dass man sich noch nicht mal damit auseinandersetzt, dass dieser Button sozusagen eine Grundhaltung des Grundgesetzes und es drückt ja im Grunde genommen nur einen Grundwert unserer Gesellschaft aus, dass also nationalsozialistisches Gedankengut und Menschen, die dem angehören, nicht in unserem demokratischen Verständnis akzeptabel sind. Und ja, das erstaunt mich dann immer. Das muss ja zumindest thematisiert werden. Aber wie gesagt: Viele

sehen das als Störung des Schulfriedens und sagen, das ist ein Verstoß gegen das Neutralitätsgebot.

Sprecherin:

Wrase schüttelt den Kopf. Seiner Einschätzung nach wäre das Tragen eines solchen Anti-Nazi-Buttons kein Problem. Warum aber entscheiden viele Lehramtsstudierende so anders? Der Jurist kann da nur vermuten...

O-Ton 04 Michael Wrase:

Kommt vielleicht viel von der Diskussion um religiöse Neutralität, die viel geführt wurde, also Kopftuchtragen, andere religiöse Symbolik in der Schule und dass da der Begriff des Neutralitätsgebotes so prominent geworden ist auch bei vielen. Und dann eben so dieses Gefühl: Schule soll sich nicht positionieren, ist ja eben für alle da, also auch für alle politischen Richtungen. Und das ist ja auch völlig richtig, man soll ja jetzt keine politische Einflussnahme betreiben in der Schule oder ähnliches, das würden wir uns ja verbitten auch als Eltern, aber eben diese Eindeutigkeit: Wie weit darf ich gehen? Und wenn ich das nicht im Studium schon mal hatte, dann bin ich da natürlich verunsichert.

Sprecherin:

Aus Verunsicherung ziehen sich die Lehramtsstudierenden dann auf eine vermeintlich politische Neutralität zurück, schätzt Michael Wrase. Das erlebt auch Sabine Achour (sprich: Aschuhr) immer wieder, wenn sie ihre Studierenden fragt:

O-Ton 05 Sabine Achour:

Und das ist dann tatsächlich so von: Wenn ich Lehrerin bin, darf ich nicht mehr streiken gehen und ich darf meine Meinung auch nicht sagen, ich darf meine politische Position auch gar nicht sagen. Woher das auch immer kommt, das ist dann immer so ein bisschen unklar, wahrscheinlich sind das auch Narrative, die sie selber an Schule erlebt haben.

Sprecherin:

Achour, Professorin für politische Bildung und Politik-Didaktik an der Freien Universität Berlin, hat aber noch eine weitere Erklärung für den weitverbreiteten Glauben an die geforderte vermeintliche politische Neutralität:

O-Ton 06 Sabine Achour:

Das ist tatsächlich sehr geschickt von rechten Gruppierungen in den Diskurs eingeführt worden, das ist auch spannend, wie super das funktioniert hat. Aber politische Bildung zum Beispiel ist natürlich nie neutral. Also sie kann auch gar nicht wertneutral sein, dann würde sie verfassungsfeindlich agieren. Politische Bildung hat ja die Aufgabe, da wo Demokratie missachtet wird, wo sie in Frage gestellt wird, wo Menschenrechte in Frage gestellt werden, ganz klar und eindeutig Position zu beziehen.

Sprecherin:

Im Schulalltag aber funktioniert das häufig nicht so gut. Das wurde im Herbst 2018 sehr deutlich. Damals hatte die AfD zunächst in Hamburg, dann in weiteren Bundesländern, ein digitales Meldeportal freigeschaltet. Und Eltern sowie Schülerschaft dazu aufgerufen, Lehrkräfte zu melden, wenn sie sich ihrer Meinung nach nicht neutral genug gegenüber der AfD verhalten hätten. In vielen Lehrerzimmern sprach man von Petz- oder Denunziationsportalen.

O-Ton 07 Sabine Achour:

Wir haben das mit den Meldeportalen an den Schulen gemerkt, dass es eine hohe Verunsicherung gab, unter den Lehrkräften und auch unter den Schulleitungen und das ist – glaube ich – eines der besten Exempel für Depolitisierung von Schule oder dass da etwas verloren gegangen ist, was wahrscheinlich vor 20 Jahren – da war Schule wahrscheinlich per se politischer...

Sprecherin:

Am Ende kann Sabine Achour dem AfD-Vorstoß aber sogar noch etwas Gutes abgewinnen:

O-Ton 08 Sabine Achour:

Weil es auch so ein bisschen ein Erwachen war an den Schulen und in den Lehrkräftezimmern, dass man tatsächlich eine demokratische und politische Haltung haben muss, weil tatsächlich von der AfD, von rechten Gruppierungen Schule ein enorm umkämpftes Feld zurzeit ist.

Sprecherin:

Das sieht auch der Jurist Michael Wrase so:

O-Ton 09 Michael Wrase:

Ich als einzelne Lehrkraft habe natürlich die Möglichkeit, meine eigene Meinung auch zu sagen. Wenn ich mich jetzt indifferent verhalten würde, das wäre ja gerade das Schädliche. Man zieht sich dann zurück und sagt: Wie sprechen nicht über Politik, aber Schülerinnen und Schüler sollen ja am demokratischen Leben teilhaben und sie sollen ja auch lernen, an diesen demokratischen Diskussionen teilzuhaben. Und das kann ich natürlich nicht, indem ich es sozusagen unterbinde oder so tue als ob ich wäre der neutrale Schiedsrichter und hätte keine eigene politische Ansicht.

Sprecherin:

Voraussetzung ist allerdings: Die Ansicht muss mit dem Grundgesetz vereinbar sein.

O-Ton 10 Michael Wrase:

Und es steht in allen Landesschulgesetzen, dass die Werteordnung des Grundgesetzes die Grundlage des Unterrichts ist. Und die Schülerinnen und Schüler sollen ja zu mündigen BürgerInnen sich entwickeln und dafür auch die Möglichkeiten haben der Auseinandersetzung und das geht nur über kontroverse Diskussionen...

Sprecherin:

Wie Lehrerinnen und Lehrer das im Unterricht umsetzen können, ist bereits 1976 formuliert worden, im sogenannten „Beutelsbacher Konsens“. Er enthält drei Grundsätze, die das Ergebnis einer Tagung der baden-württembergischen Landeszentrale für Politische Bildung waren. Bis heute gelten sie als richtungsweisend:

O-Ton 11 Michael Wrase:

Das eine heißt eben: Nicht indoktrinieren. Das andere heißt eben: Alles kontrovers diskutieren, was tatsächlich auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird und natürlich, das Überrumpelungsverbot, also nicht einfach so einseitig, sondern eben diskursiv offen und mit der Möglichkeit eben auch andere Positionen zu beziehen.

Sprecherin:

Beispiel Bundestagswahl. Ein Lehrer darf nicht parteipolitisch Einfluss nehmen, indem er etwa seiner Klasse eine bestimmte Partei zur Wahl empfiehlt. Eine Lehrerin sollte auch nicht stundenlang über die Verfehlung eines einzelnen Kanzlerkandidaten sprechen. Sehr wohl aber kann und sollte die Wahl als solche besprochen werden:

O-Ton 12 Michael Wrase:

Wie treten Kandidaten und Kandidatinnen auf, warum gibt es Kritik an der einen oder anderen Performance und dass man das mit den Schülern bespricht und wie eigentlich diese ganzen Debatten ablaufen, was da auch Themen sind und natürlich auch kritische Beiträge über PolitikerInnen, das ist natürlich ganz legitim, aber wenn das dann eindeutig Schlagseite erhält und je größer die Schlagseite ist, dann bin ich wieder auf der anderen Seite, wo man sagt: Das ist unzulässige Einflussnahme.

Atmo 01: Mittagspause, Geschirr klappert...**Sprecherin:**

Der Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Anfang Oktober 2021 in Berlin. Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren sind aus ganz Deutschland angereist, um Workshops zu besuchen und an Exkursionen teilzunehmen. In der Mittagspause tauschen sie sich beim Essen an Stehtischen aus. Wie zufrieden sind sie mit ihren Lehrkräften und deren Demokratie- und Politik-Verständnis? Die 15-jährige Leonie etwa:

O-Ton 13 Schülerin Leonie, 15:

Ich würde sagen, an unserer Schule läuft das schon sehr gut, weil auch von den Lehrern das sehr offen gehandhabt und es gibt viele Möglichkeiten, wo wir uns einbringen können. Also, wir haben einmal Schüler AGs, aber wir treffen uns auch regelmäßig mit unserem Schulleiter, da findet dann immer so ein direkter Austausch statt und unsere SV ist auch sehr groß und offen, also, da kann jeder hinkommen, nicht nur die gewählten Klassensprecher und das ist natürlich auch mega, dass sich jeder engagieren kann...

O-Ton 14 Schüler Fabian, 10 Klasse:

Ich habe das große Glück bei den meisten Lehrern, die sind sehr, sehr offen, was alle politischen Meinungen angeht. Außer es geht natürlich ins Extreme, aber das ist was anderes. Aber es gibt durchaus auch viele, die sagen: Politische Meinung hat in der Schule grundsätzlich nichts zu suchen.

Sprecherin:

Auch die 17-jährige Neshmia findet, an ihrer Schule sei durchaus noch Luft nach oben:

O-Ton 15 Schülerin Neshmia, 17:

Es gibt natürlich immer Lehrkräfte, die da total hinter stehen, wenn ich jetzt beispielsweise an meinen Sozialkundelehrer denke, ich mein, das ist auch sein Fach, das ist quasi auch seine Aufgabe, uns zum Denken anzuregen, natürlich keine Meinung vorzugeben, sondern wirklich den Menschen dabei zu helfen, ihr eigenes Gedankengut mit aufbauen zu können. Aber natürlich gibt es auch immer Lehrkräfte, die zum Teil auch sehr voreingenommen sind, manchmal auch leicht klischeehaft argumentieren und an solchen Sachen kann auch gearbeitet werden.

Atmo 01 weiter: Mittagspause, Geschirr klappert... ausblenden**O-Ton 16 Jörg Tetzner:**

Ich engagiere mich eigentlich auf zwei Schienen, das eine ist über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, auch auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene und dann – na, ich nenne das mal bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliches Engagement.

Sprecherin:

Jörg Tetzner ist Lehrer für Philosophie, Ethik und Latein an einem Gymnasium in Berlin-Neukölln.

O-Ton 17 Jörg Tetzner:

Da haben wir einen Verein gegründet, vor zwei Jahren „Schule in Not“ heißt der und dieser Verein, der gemeinnützig ist, der hat sich mit anderen zusammengetan und die Kampagne „Schule muss anders“ ins Leben gerufen. Und das ist ziemlich viel Arbeit, muss ich mal sagen. Und das ist das, womit wir uns im Moment befassen.

Sprecherin:

„Schule in Not“ hat eine Kampagne ins Leben gerufen, um mit einem Bürgerentscheid eine Rekommunalisierung der Schulreinigung in Neukölln voranzutreiben. Hintergrund sind die zum Teil katastrophalen Zustände in punkto Hygiene und Sauberkeit an Berliner Schulen. Außerdem ist Jörg Tetzner in der Arbeitsgemeinschaft „Frieden“ der GEW aktiv. Und spricht sich gegen Bundeswehr-Werbung an Schulen aus. Oder auch gegen die Besuche sogenannter „Jugendoffiziere“. Doch im Unterricht ist das meist kein Thema. Gestritten wird weniger über politische Themen:

O-Ton 18 Jörg Tetzner:

Hoch her geht es in Neukölln immer bei der Frage, ob man als Lehrerin Kopftuch tragen darf zum Beispiel, das diskutieren wir öfter. Ob man an der Schule beten darf, ob man einen Gebetsraum machen soll – also so religiöse Fragen, da geht's schon hoch her. Und ich bin da wirklich ein Vertreter von: Religion hat in der Schule nichts zu suchen, und zwar gar keine Religion.

Sprecherin:

Jörg Tetzner selbst ist nicht meinungsscheu. Er hält nicht viel von einer vermeintlichen politischen Neutralität, wohl aber von einer offenen Streitkultur.

O-Ton 19 Jörg Tetzner:

Und ich verstehe mich auch im Kollegium mit den Leuten, die in der CDU sind oder in der FDP ganz gut und wir sind uns in dem Punkt einig, dass man wirklich offene Fragestellungen, Meinungsvielfalt erhalten und im Prinzip geht's ja darum, dass die Schüler einen begründeten eigenen Standpunkt finden. Das ist ja das allerwichtigste. Dass ist ja nicht, dass sie meinen übernehmen sollen. Das auf gar keinen Fall, sondern sie bilden sich selber eine Meinung und müssen die begründen können. Das heißt aber nicht, dass ich meine Meinung nicht sage. Nicht zu Anfang logischerweise, sondern ich warte erstmal, was so kommt, aber dann diskutiere ich auch mit.

Sprecherin:

Für Tetzner ist das nicht zuletzt auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Sich hinter einer Art Pseudo-Neutralität zu verstecken, nennt er „Etikettenschwindel“.

O-Ton 20 Jörg Tetzner:

Weil ja gerade auch die Leute, mit denen man arbeitet pädagogisch, die müssen verstehen: Okay, da steht ein Mensch vor mir, der hat einen Standpunkt und warum soll ich den verheimlichen? Ich meine, so lange sich das auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt, ist das doch erwünscht so eine politische Streitkultur und wie soll man denn lernen, sich zu streiten, sich auseinanderzusetzen, wenn keiner seine Meinung sagt?

Sprecherin:

Doch wer seine Meinung sagen darf und wer nicht – auch darüber wird an manchen Schulen heftig gestritten. Das zeigte sich im Herbst 2021 bei der Bundestagswahl. Viele Schulen nahmen sie zum Anlass, Politikerinnen und Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien zur Diskussion zu bitten. Mancherorts sorgte das wiederum für Diskussionen und sogar Proteste.

O-Ton 21 Jörg Tetzner:

Manche Schulen haben tatsächlich alle eingeladen, andere Schulen habe sie tatsächlich von vornherein nicht eingeladen, die AfD. Und dann gab's wieder Schulen, die sie eingeladen haben und wieder ausgeladen, weil sich eben ganz viele Leute dagegen gewehrt haben. Wenn ich meine eigene Meinung dazu sagen darf: Ich finde nicht, dass man sie nicht einladen sollte. Also, warum nicht anhören, was sie zu sagen haben und warum nicht Fragen, Antworten, Diskussionen, ich glaube, das nützt mehr als so eine Tabuisierung herbeizuführen.

Sprecherin:

Für den Bildungs-Juristen Michael Wrase ist die Einladung der AfD sogar ein MUSS.

O-Ton 22 Michael Wrase:

Die Eltern können dagegen protestieren. Wir hier am WZB haben auch die Politik, die AfD nicht einzuladen. Aber die Schulen sind eben da tatsächlich an das Prinzip der Chancengleichheit gebunden. So wie ich sage, ich lade die unterschiedlichen Parteien ein, die jetzt im Stadtparlament vertreten sind oder im Bundestag vertreten sind und ich würde jetzt eine Partei aus dem demokratischen Spektrum ausschließen, das ginge halt nicht.

Atmo 02: Mittagspause, Geschirr klappert...**Sprecherin:**

Die Schüler und Schülerinnen, die zum Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz nach Berlin gereist sind, haben durchaus unterschiedliche Ansichten darüber, wie politisch ihre Lehrkräfte sein sollten:

O-Ton 23 Schülerin:

Es gibt schon Lehrer, wo man so merkt, da hört man jetzt so die politische Meinung raus, aber eigentlich ist es so, dass es da Einzelfall ist und dass so von Seiten der Schülerschaft so dagegeengehalten wird oder auch hinterfragt wird, ob das jetzt wirklich so richtig ist, oder dass man den Lehrer anspricht und sagt: Hey, das fand ich jetzt nicht so gut.

O-Ton 24 Schülerin:

So Schule sollte ja immer ein neutraler Raum sein, d.h. wenn man schon eine politische Meinung hat und der auch nachgehen möchte, dann ist Schule nicht der richtige Ort dafür. Da sind dann die Parteien oder auch Organisationen wie Fridays for Future eine bessere Möglichkeit, um sich einfach genau in seinem Gebiet zu engagieren.

O-Ton 25 Schülerin:

An unserer Schule wird nicht viel über Politik geredet, da würde ich mir ein bisschen mehr wünschen. Aber auch diese Gleichberechtigung ist an unserer Schule nicht wirklich gesetzt

O-Ton 26 Schüler:

Politische Meinung hat in der Schule grundsätzlich immer was zu suchen. Jeder sollte in der Schule beigebracht bekommen, wie man sich eine politische Meinung bildet und es sollte halt viel mehr behandelt werden als das jetzt der Fall ist.

Atmo 03: („Volkslehrer“ / Online-Kanal) joggt durch Würzburg... erzählt... joggt, keucht

Sprecherin:

Ein Mann joggt im Herbst 2021 durch Würzburg, filmt sich dabei und lädt den Clip später auf einer YouTube-ähnlichen Plattform hoch. Der 41-Jährige läuft vorbei an Wahlplakaten, Graffitis und Aufklebern – liest vor und kommentiert abfällig...

O-Ton 27 Nikolai Nerling:

No Nazis...Anti-Rassist-Area, Anti... son Quatsch. Komplette Idioten. „Nationalismus ist keine Alternative.“ Doch, genau das ist es...

Sprecherin:

Dem Berliner Grundschullehrer Nikolai Nerling wurde 2018 wegen seiner rechtsextremen und antisemitischen Videos fristlos gekündigt. Nerling klagte gegen den Rauswurf beim Arbeitsgericht, scheiterte aber. Auch der Jurist Michael Wrase kennt den Fall und erinnert sich an eines der früheren Videos des selbsternannten „Volkslehrers“, die er damals noch über YouTube verbreiten konnte. Mittlerweile sind seine Kanäle dort gesperrt.

O-Ton 28 Michael Wrase:

Ich habe mir eins angeschaut – da war's nicht so eindeutig. Da war ein Internierungslager der Nationalsozialisten für Oppositionelle und er stand dann da vor dieser Gedenktafel, also in diesem Video zu sehen und sagte sowas wie: „Ja, das ist ja wieder merkwürdig, an was hier wieder so alles gedacht wird und ob das dann alles so stimmt, was da steht? Und diese Gedenktafel, da ist ein Schreibfehler, also die haben da irgendwas falsch gedruckt. Ja, ist euch das schon mal aufgefallen, hier steht ja S, S statt Z. Was hat das zu bedeuten? Ist das überhaupt ernst zu nehmen?“

Sprecherin:

Die Aussagen des Lehrers sind in dem Video damals sehr viel uneindeutiger.

O-Ton 29 Michael Wrase:

Man bleibt so zurück und sagt sich: Ist der jetzt voll durchgeknallt oder hat der jetzt wirklich eine gefährliche Message, so. Da hat er es vielleicht noch geschafft, zu verbergen, was er eigentlich sagen wollte, an anderer Stelle hat er es halt deutlicher noch gemacht, aber das hätte nicht ausgereicht, um ihm auch Verbreitung von nationalsozialistischen Inhalten oder Leugnung des Holocausts oder sowas nachzuweisen, das wäre wahrscheinlich nicht ausreichend gewesen.

Sprecherin:

Im Dezember 2020 hat das Landgericht München Nikolai Nerling dann wegen Volksverhetzung verurteilt. Der ehemalige Grundschullehrer hat allerdings Revision eingelegt. Der Hintergrund: Im KZ Dachau hatte Nerling vor Jugendlichen den Holocaust geleugnet und sie gegen ihren Willen gefilmt.

O-Ton 30 Michael Wrase:

Wenn das natürlich gegeben ist, dann bewege ich mich außerhalb des Spektrums. Also wenn richtige Verschwörungstheorien verbreitet werden, wenn ich das tue als

Lehrkraft, dann verbreite ich unwahre Behauptungen und das ist dann tatsächlich ein Grund, jemanden aus dem Dienst zu entfernen.

Sprecherin:

Doch oft ist der Fall nicht so eindeutig. Und es gibt keine Aufzeichnungen, was genau gesagt wurde. Dann wird es juristisch schwierig.

O-Ton 31 Michael Wrase:

Manche sind halt sehr geschickt, die posten dann etwas bei Facebook, wo sie dann nur was retweeten und noch eine Bemerkung dazu machen. Irgendjemand leugnet den Holocaust und dann schreiben sie dazu: „Auch eine interessante Position...“ Dann ist es natürlich schwierig...

Sprecherin:

Klar ist aber: Im Unterricht haben solche Positionen nichts zu suchen. Lehrkräfte, die solche oder ähnliche Haltungen einnehmen – das kann auch die Leugnung des Klimawandels oder der Corona-Pandemie sein, können sich nicht auf das Kontroversitäts-Gebot des Beutelsbacher Konsenses berufen.

O-Ton 32 Michael Wrase:

Wenn Dinge eben wissenschaftlich klar sind oder wenn sie auch sozusagen von der Wertung des Grundgesetzes klar sind wie die Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, da muss ich dann auch nicht sagen: Es gibt eben Positionen, die sagen, Menschen, die nicht weiß sind, gehören nicht zu unserer Rasse oder so etwas. Das ist kein kontroverses Thema, sondern das ist die Überschreitung dieser Grenze und auch die Leugnung des Holocaust natürlich.

O-Ton 33 Michael Csaszκόczy:

Widerstand gegen rechts sollte aufgrund tatsächlicher Handlungen und aus der Gesellschaft heraus erfolgen. Da denke ich tatsächlich, da ist die Gesellschaft gefragt, da sind Eltern und Schüler gefragt. Und nichts würde dagegen ein so gutes Bollwerk bilden wie eine politisierte Schule und der Mut zur politischen Äußerung tatsächlich in der Schule.

Sprecherin:

Sagt Michael Csaszκόczy (Aussprache: Tschaß-koozi), Realschullehrer für Geschichte und Deutsch in Heidelberg. Ihm hatte sein politisches Engagement zunächst ein Berufsverbot eingebracht.

O-Ton 34 Michael Csaszκόczy:

Meine Mentorin kam dann irgendwann (...) nach einem Unterrichtsbesuch auf mich zu und sagte sie hätte den Auftrag gekriegt vom Regierungspräsidium, sich an der Schule umzuhören, ob das auch alles in Ordnung wäre. Sie möchte das nicht hinter meinem Rücken machen und sagt es mir deswegen, dass sie zurückmelden wird, dass das alles ganz prima ist.

Sprecherin:

Erinnert sich Michael Csaszkóczy an sein Referendariat Anfang der 2000er-Jahre an einer Realschule in Baden-Württemberg. Seit seiner Schulzeit ist er politisch aktiv und engagiert sich gegen Rechtsextremismus. Er ist in der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ und bietet „Antifaschistische Stadtrundgänge“ an. Dabei führt er zu Orten von Verbrechen und erinnert an den Widerstand gegen die Nazis.

O-Ton 35 Michael Csaszkóczy:

Also, ich hab mit dem politischen Engagement nicht hinter dem Berg gehalten, aber zu der Zeit hat ja auch vielleicht szenetypisches Aussehen vielleicht noch ein anderes Gewicht gehabt als heute. Also – ich konnte das zu der Zeit nicht sagen, ich war halt ein bunter Vogel und ja...

Sprecherin:

Csaszkóczy schmunzelt. Noch heute stecken zahllose Ringe in seinem Ohr, seine Fingernägel sind schwarz lackiert. Nach seinem Referendariat erhielt er eine Ladung zu einem „vertiefenden Einstellungsgespräch“. Csaszkóczy empfand das schlicht als Verhör:

O-Ton 36 Michael Csaszkóczy:

Also, das sind lauter Beamte vom Regierungspräsidium, also gehobener Dienst, und die haben mir zunächst mal ein Selbstverständnis der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ vorgelegt und haben gefragt, ob ich mich dazu bekenne. Und ich war erstmal ziemlich platt, weil das ist ja kein Bekenntnistext oder sowas gewesen – und ich hab mich erstmal gefragt, ob ich mich dazu bekenne – ja... Und dann hat der eine gesagt: Haben Sie gehört, er hat JA gesagt, bitte JA protokollieren. Und dann wollten die das eigentlich auch schon beenden.

Sprecherin:

Ein paar Zitate, ein kurzes Gespräch. So erinnert sich Csaszkóczy an die für ihn bis heute absurde Situation:

O-Ton 37 Michael Csaszkóczy:

Und dann war es das. Das war in meinem Fall – anders als in vielen Fällen in den 70er-Jahren – kein stunden- oder manchmal sogar tagelanges Verhör, sondern das war im Grunde ein Abhaken. Die hatten ihre Vorgaben und haben das abgehakt und damit war es das.

Sprecherin:

Für Michael Csaszkóczy aber beginnt damit eine jahrelange juristischer Auseinandersetzung um die Einstellung in den Schuldienst in Baden-Württemberg. Er nimmt Kontakt zu Menschen auf, die in den 1970er- und 80er-Jahren mit Berufsverboten belegt worden waren, nachdem im Januar 1972 der sogenannte „Radikalenerlass“ von Bund und Ländern verabschiedet worden war. Der Erlass sollte verhindern, dass angeblich „linke Verfassungsfeinde“ im öffentlichen Dienst Beschäftigung fanden. Bundesweit erhielten Postboten, Verwaltungsbeamte, besonders aber Lehrer und Lehrerinnen Berufsverbote. Die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration oder eine Reise in die DDR reichten, um Verdacht zu erregen. Wenn Csaszkóczy die zahllosen Fälle damals mit seinem eigenen

vergleicht, kommt er zu dem Schluss, dass für ihn manches einfacher, anderes aber schwieriger war:

O-Ton 38 Michael Csaszkóczy:

Schwieriger, weil man nicht so eine ganze Bewegung von ganz vielen hinter sich hatte, wo die Leute auch sagen konnten: Ich kann grad nicht mehr, ich mach mal ein halbes Jahr Pause, lass das nur juristisch weiterlaufen. Ich bin da raus. Sondern das machte sich alles an meiner Person fest. Einfacher natürlich auch, weil diese aufgeheizte Hexenjagd-Atmosphäre eigentlich nicht mehr bestand, gesellschaftlich, ja. Es war ein Feldzug des Staates gegen mich, aber es war jetzt nicht so diese Hexenjagd-Atmosphäre, die es in den 70er, 80er Jahren gab, das war es wirklich nicht.

Sprecherin:

2007 dann hebt das Verwaltungsgericht Mannheim das Berufsverbot gegen Michael Csaszkóczy auf. Das Land Baden-Württemberg muss ihn einstellen. Mehr noch: Csaszkóczy erstreitet eine Entschädigung. Ein wichtiger Schritt für ihn – nicht wegen des Geldes:

O-Ton 39 Michael Csaszkóczy

Aber mit dieser Entschädigung wird die Schuldhaftigkeit festgestellt, das heißt also, diejenigen, die das gemacht haben, bekommen bescheinigt, sie haben im vollen Bewusstsein Grundrecht verletzt, das ist schon ein Meilenstein.

Sprecherin:

Michael Csaszkóczy tritt in den Schuldienst ein. Und wird weiterhin argwöhnisch beobachtet. Er hatte auf Akteneinsicht geklagt und erfahren, dass er seit seinem 18. Lebensjahr vom Verfassungsschutz beobachtet wurde und wohl auch noch wird. Trotzdem ist er weiter politisch aktiv. Und handelt sich mit seinem Engagement Ärger ein. Etwa als er im Mai 2017 eine öffentliche Veranstaltung der AfD in der Heidelberger Stadtbücherei besuchen wollte, woraufhin ihm ein AfD-Mitglied Hausverbot erteilte und später Strafanzeige stellte.

O-Ton 40 Michael Csaszkóczy:

Im Grunde hatte ich gedacht – das war ungefähr zehn Jahre nach dem letzten Urteil – so, das ist jetzt geschluckt und gegessen und jetzt bin ich wieder im Alltag, auch im ganz normalen Berufsalltag angekommen. Und dann kam das, dass die AfD das wieder gefordert hat: Der darf nicht Lehrer sein usw. Und dann ging es mit den Strafanzeigen los.

Sprecherin:

Auch Sabine Achour, Professorin für Politische Bildung, beobachtet seit einiger Zeit schon das Bestreben von verschiedenen Gruppierungen vom rechten Rand, Lehrkräfte zu verunsichern oder gar einzuschüchtern. Und zwar nicht nur in den klassischen Fächern wie Politik oder Geschichte.

O-Ton 41 Sabine Achour:

Man merkt plötzlich, man kann sich nicht mehr hinter so einer Naturwissenschaft verstecken, sondern man steckt gerade voll im Fokus von rechten Gruppierungen, die einfach wissenschaftliche Erkenntnisse auch in Frage stellen. Und dass plötzlich auch die Aufgabe habe, mit jungen Menschen, mit Lernenden, das gemeinsam zu dekonstruieren, zu demaskieren und deutlich zu machen, dass hier nicht echte, gleichberechtigte Kontroversen gegenüberstehen, sondern dass es hier wirklich um Fragen von Indoktrination gehen und die eben plötzlich auch auf ganz andere Fächer wirken.

Sprecherin:

In Zeiten von Klimawandel oder Corona kann es auch im Physik- oder Biologie-Unterricht politisch werden. Für Sabine Achour liegt in diesen ganzen Angriffen auch eine Chance: Der Beutelsbacher Konsens habe ein wahnsinniges Revival erlebt, sagt sie:

O-Ton 42 Sabine Achour:

Wenn man es ein bisschen sarkastisch sagen möchte: Wir müssten fast ein bisschen dankbar sein für diese Meldeportale, weil wir noch nie so viel über politische Bildung, über Kontroversität und Grenzen des Diskutierbaren diskutiert haben, gerade in Schule und Bildung.

Sprecherin:

Mehr Meinung und Diskussion wagen, um damit letztlich die Demokratie zu stärken.

Abspann SWR2 Wissen**Sprecherin:**

„Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein?“ Von Anja Schrum (sprich: Schruum).

Sprecherin: Marit Beyer. Regie: Günter Maurer. Redaktion Vera Kern. Ein aktualisierter Beitrag aus dem Jahr 2021.

* * * * *